

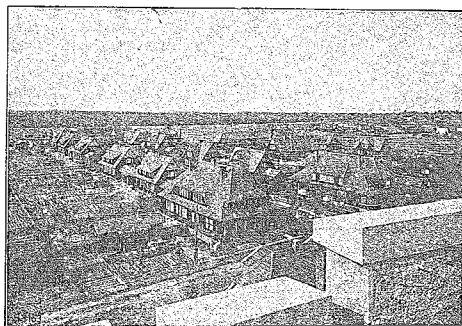
OSTDEUTSCHE BAU-ZEITUNG

VEREINIGT MIT DEUTSCHE BAUGEWERBE-ZEITUNG-LEIPZIG **BRESLAU**

30. Jahrgang

Breslau, den 14. Juli 1932

Nummer 28



Holzhauskolonie Neuödernitz bei Niesky OL.

Teilansicht. Eine 76 Häuser mit ca. 300 Wohnungen, ausgeführt in Blockhaus- und Tafelbauweise für Beamte und Arbeiter der Christoph. E. Umack A. G., Niesky OL, in den Werkstätten dieser Firma.



Holzhauskolonie Neuödernitz bei Niesky OL.

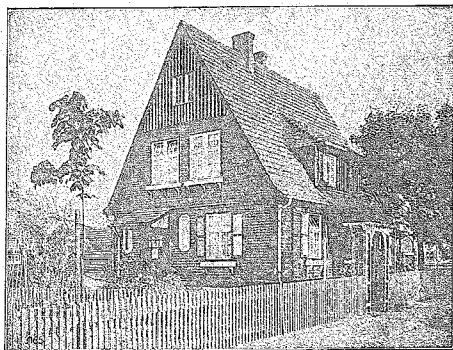
Döckerplatz. Vierfamilienhäuser in Tafelhauskonstruktion.

Siedlungsbewegung. Flucht aus der Stadt und die kleinen Gemeinden.

Von Dr.-Ing. Walter Hahn, Regierungsbaumeister, Dresden. Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.

Der Leipziger Messe sagt man nach, daß sie den „Barometerstand“ des deutschen Wirtschaftslebens widerspiegele. Es darf darnach niemanden in Erstaunen versetzen, daß sie uns in diesem Frühjahr keine Rekordziffern brachte, eher ist es als ein Wunder anzusehen, daß sie trotz der Verhältnisse immer noch so gut besichtigt war. Es ist der Glaube der deutschen Wirtschaft an ihre Kraft und ihre Zukunft, der sich darin ausdrückt. Ein erfreuliches Zeichen für deren Anpassungsfähigkeit ist, wie sich der Binnenmarkt mangels anderer wesentlicher Bauaufgaben deutlich auf die Siedlungsbewegung, verbunden mit der Siedlersebsthilfe, eingestellt hat, so geschmälert ihm das an sich schon geringe Verdienst daran auch noch wird. Das dokumentiert nicht nur das Auftreten mehrerer, zwar schon langjährig bewährter, früher aber noch nicht auf der Messe ver-

treten gewesener Firmen, als auch die Umstellung der Betriebe von Firmen, die sich früher anderweit beschäftigt hatten, darauf. Daß die mehr noch als jeder andere Beruf durch die bauwirtschaftliche Misere in Not geratene Architektenschaft nicht ohne jede Initiative geblieben ist, zeigte unter anderen die Siedlungsgesellschaft Machern bei Leipzig. Sie verbindet den Gedanken der Siedlung mit der die Großstadt allgemein fliehenden Tendenz. Durch die im Süden von Leipzig im Ausbau begriffene Braunkohlenindustrie ist die Entwicklungsfähigkeit der Stadt nach dieser Richtung für erfreuliche Wohnbedingungen unterbunden. Man muß sich also darum bemühen, sich nach anderer Seite auszuweichen. Von hohen landschaftlichen Reizen ist der Leipziger nicht begnadet und verwöhnt. Es darf seinen in dieser Hinsicht bescheidenen An-



Holzhauskolonie Neuödernitz bei Niesky OL.

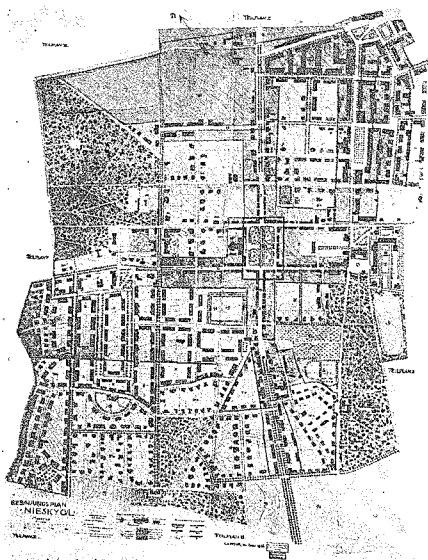
Einfamilienhaus. Transportable Tafelbauweise.

sprechen genügen, daß er dort eine von zwei größeren Teichen durchsetzte Landschaft vorfindet, die mit einem Waldbestand, Wiesen und Feldern ein in sich geschlossenes Bild bietet. Von dem Unternehmen ist dazu ein Bebauungsplan aufgestellt, der etwa 1000 Wohnparzellen erschließt. Die Kosten für die scheinbar noch nicht vorhandene und jedenfalls an erster Stelle notwendig werdende Entwässerung erwartet man auf möglichst billigen Wege durch die Heranziehung der produktiven Erwerbslosenfürsorge oder ähnlich zu schaffen.

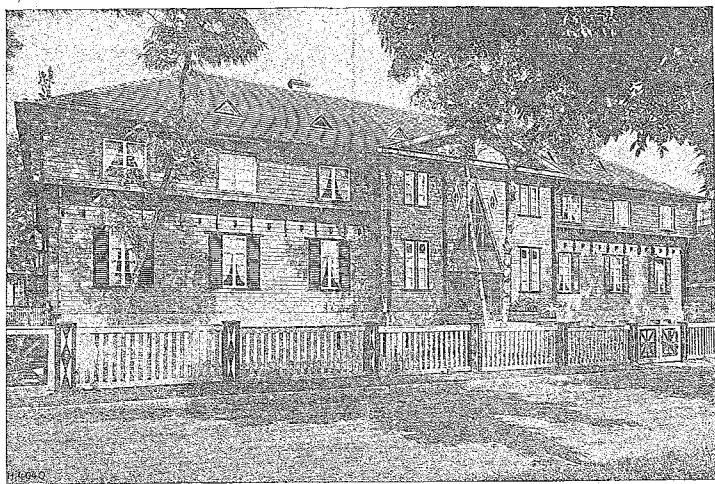
Bei sorgfältiger Betrachtung der dem Unternehmen zugrunde liegenden Tendenzen wundert man sich, daß dieser vom Zeitgeist gebotene Gedanke nicht von anderen Ortschaften oder Gemeinden überhaupt und in stärkerem Maße aufgegriffen wird, bei denen wahrscheinlich zumindest die gleichen oder in vielen Fällen noch weit günstigeren Bedingungen obwalten. Der Wunsch, die größeren Städte mit ihren vertenernden Lebensverhältnissen und Werten, die der Mehrzahl verschlossen sind, mit ihrer dauernd durch die schwere des Existenzkampfes sich vergrößernden Reibung der Menschen untereinander aufzuheben, hat gewiß in vielen Herzen Platz gegriffen, die, da sie sich Kunst- und sonstige Genüsse sowieso nicht mehr zu leisten vermögen, sich in sich zurückzuziehen sehnen. Der immer vollkommener Rundfunk bietet einen, wenn auch nicht in jeder Hinsicht vollwertigen, so doch ertragreichen und durch seine Vielseitigkeit ausgleichenden Ersatz auch in der entlegensten Gegend für Theater und Konzert und dann, wenn man selbst auf den Ankauf eines Buches verzichten muß. Gar viele dürfte es geben, die ihre Tätigkeit an sich nicht, vielleicht auch aus Mangel an Arbeit nicht mehr an die Groß- oder Mittelstadt fesselt. Jedoch fehlt es vielfach an Kenntnis der Gelegenheit zu einem geeigneten Wechsel. Diese Sachlage sollten sich die Gemeindeverbände kleiner Ortschaften, die nicht weniger als größere Kommunen sowieso an Kassenschwind in jeder Weise leiden, auch aus allgemeiner wirtschaftlicher Erkenntnis heraus wohl entgegen lassen und durch größeres Entgegenkommen im Gegensatz zu engherzigem Zwang dem Städter das zu bieten versuchen, was er erhofft: Zurückgezogene Beschaulichkeit, Verbindung mit der Natur, Befreiung von jeder dauernden Beaufsichtigung durch jene höchste Stelle, die das Zusammenpflegen von Rücksichtsvollen unter Rücksichtslosen, Kultivierten und Kulturlösen, Nervösen und Bedächtigen, Gutmütigen mit Bösatigen zu enger Gemeinschaft ordnungshalber zur Notwendigkeit macht.

Um aus meiner durch vielseitigen Wohnungswechsel gewonnenen Erfahrung nur ein Beispiel herauszugreifen, das auch architektonisch interessiert, nenne ich die Ortschaft Niesky in der Oberlausitz. Sie bietet wie selten eine auch vom Standpunkt des Baufachmannes beachtliche Gelegenheit. Nur muß ein solcher Ort „entdeckt“ werden, wenn er sich nicht selbst entdeckt. In eine hügelig leicht bewegte Heidelandschaft eingebettet ist der Ort fast allseitig von Wald umgeben, der teils als Nadelholz-, teils als gemischter Waldbestand in breiten Zungen bis weit an die Hausgrundstücke heranreißt. In 5–10 Minuten von jeder Behausung erreicht man die Ruhe und Natur, die man sucht. Weiher und Teiche bieten Beibung der Landschaft mit erfreulicherer Badegelegenheit als über-

süllte Vorgroßstadtfamilienbäder, deren Anlage erst viel Geld verschlingt. Der genius loci des Ortsbildes wird von zwei Faktoren reichlich gegensätzlicher Art bestimmt. Das eine ist die Herrnhuter Brüdergemeinde, die hier eine Niederlassung gegründet hat, der der Ort seine historisch-kulturelle Entwicklung verdankt. Das andere ist ein Industrieunternehmen vielseitiger Art, das am populärsten durch seine Holzhausproduktion geworden ist: Die Christoph & Urmack AG. Sie verleiht ihrerseits dem Ort einmal ein besonderes Gepräge durch ihren dort einheitlich durchgeführten Holzhausbau, zum anderen beseitigt sie die Besorgnis völliger Weltverlorenheit durch geschäftliche Regsamkeit. Erfreulich dabei ist, daß die Industrie vom Ortsgebiet ziemlich ferngehalten und durch die Bahnlinie getrennt ist. Sie greift nur im Norden ein wenig in die bewohnten Teile der Ortschaft über. Ich selbst hatte Gelegenheit, für den Ort vor einigen Jahren einen Bebauungsplan aufzustellen. (Abb.) Er sollte dem Ausbau der vorhandenen Bedingungen nach neuzeitlichen Gesichtspunkten Sorge tragen.

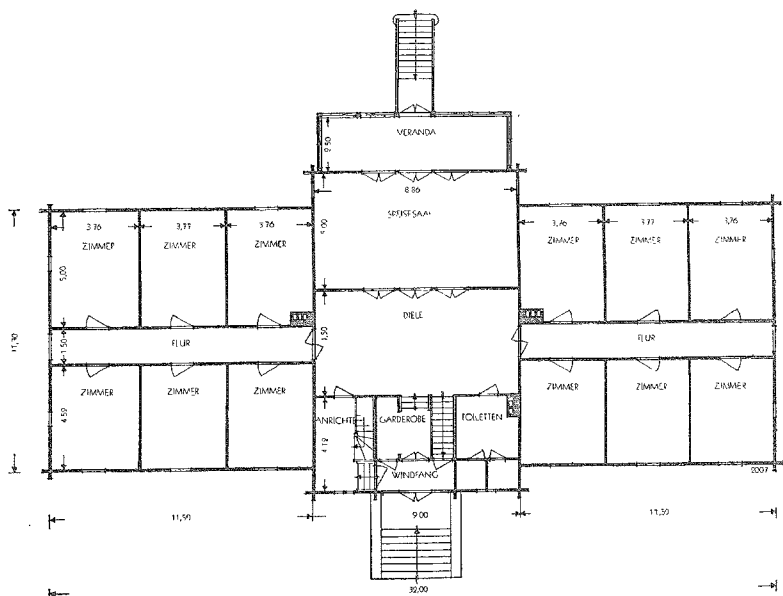


Bebauungsplan.

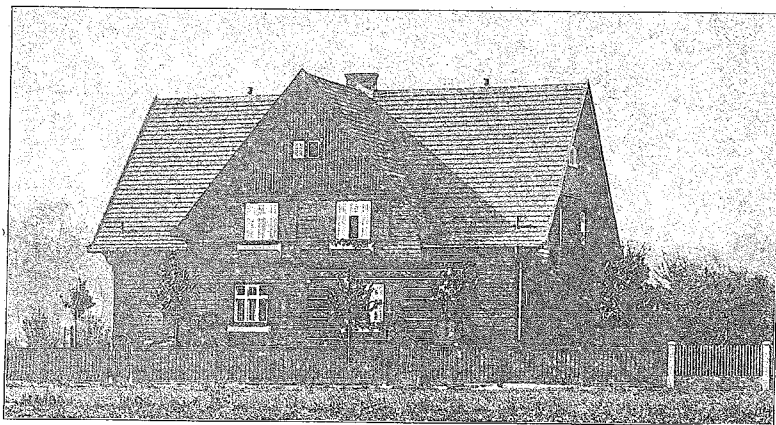


Niesky OL.

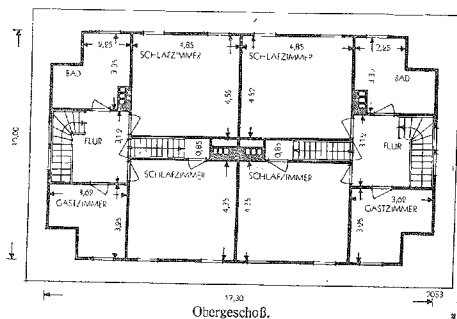
Heim für ledige Beamte der Christoph & Unmack A.-G. in Niesky OL., ausgeführt nach Entwürfen des Architekten Professor Albin Müller, Darmstadt, in nordischer Blockbauweise.



Erdgeschoss-Grundriß.

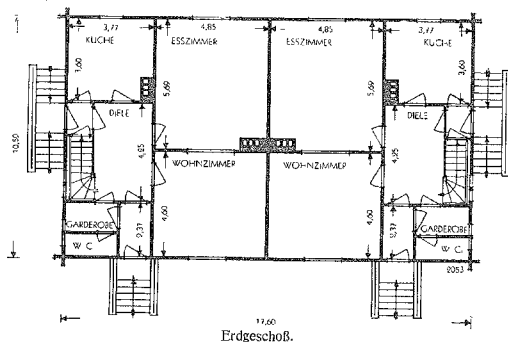


Ansicht.



Holzhauskolonie Niesky OL. der Christoph & Unmack A.-G.

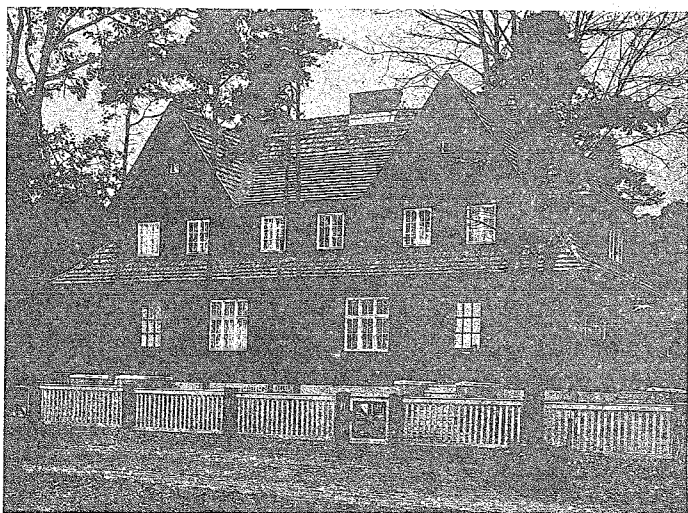
Zweifamilienhaus in Blockhausbauweise.



In der Nordsüdrichtung wird die Ortschaft von der großen Automobilstraße Berlin—Görlitz in zwei Hälften zerschnitten. Man empfand das als Nachteil und wünschte eine „Umgehungsstraße“, wovon man damals bei Großstadtplanungen gehört hatte. Abgesehen davon, daß das zur Ortschaft gehörige Gelände wegen viel zu geringen Umfanges dazu gar keine Möglichkeit bot, wäre es als ein Fehler anzusehen gewesen, eine geschäftlich so wichtige Schlagader abzudrosseln. Hatte man sich doch schon in viel früherer Zeit

entgehen lassen, die für die Entwicklung des Ortes jedenfalls höchst bedeutungsvolle Bahnstrecke Görlitz—Berlin über Niesky selbst zu teilen. So muß man wohl oder übel die Verbindung mit Görlitz als auch die mit der Reichshauptstadt jetzt erst über den Bahnknotenpunkt Horka gewinnen.

Die Beibehaltung der Autostraße als wichtiges Moment des geschäftlichen Impulses einerseits, die Wahrung des im übrigen villenartig bebauten, landschaftlich-beschauflichen Charakters des Ortsgebildes



**Holzhauskolonie
Niesky O.L. der Chri-
stoph & Unmack A.-G.**
Zweifamilienhaus in Blockhausbauweise.

andererseits waren daher Hauptgesichtspunkte des Bebauungsplanes. Eine von dem kulturell hohen Niveau der Brüdergemeinde zeugende Platzanlage, schlechthin „Der Platz“ bezeichnet, bildet den ausgesprochenen Mittelpunkt. Von hohen, alten Bäumen bestanden ist er von architektonisch einheitlichen, teils in ganz schmucklosen, barocken Formen gehaltenen Häusern städtebaulich vorbildlich eingefast, die nur an einer Ecke durch einen geschmacklosen Neubau verschandelt werden. Der Friedhof der Brüdergemeinde gar bildet in seiner bescheiden schlichten, aber vollkommen durchgeführten Einheitlichkeit eine geradezu vorbildliche Anlage von tiefgehendstem Eindruck. Den Ortscharakter nach dieser Richtung weiter zu pflegen, war mir außer an dem Bebauungsplan auch an dem Neubau eines Achtfamilienhauses der Gemeinde an einer Nebenstraße Gelegenheit geboten.

Leider war das Verständnis, das ich hierfür vorfand, diesen Weg weiter zu beschreiten, nur gering. Dies, soweit der Bau von massiven Mehrfamilienhäusern in Frage steht. Für den Bau von Eigenheimen und Einzelhäusern war die Christoph & Unmack AG. vielfach maßgebend. Sie hat unter gleichzeitiger Förderung ihrer damit verbundenen eigenen Interessen, aber gewiß mit bemerkenswert kulturellem Verständnis und der der Industrie eigenen Größtzigkeit das, was bei der Ortsbehörde vielfach auf Schwierigkeit stieß, ersetzt. (Abb.)

Für den Bebauungsplan war die Absicht, zur zweiseitigen Besonnung der Häuserreihen die Straßenzüge in die Nord-Südrichtung zu verlegen, günstig durchführbar. Sie ist daher auch an der Planung deutlich ersichtlich.

Im Osten schloßen sich an den eigentlichen Ort Niesky die Gemeinden Neudörritz und Neudörrichen so eng an, daß sich der Übergang völlig unmerklich vollzieht. Für die erstere ist eine Holzhausansiedlung der Christoph & Unmack AG. größeren Umfanges bestimmend, die vorzugsweise für Arbeiter geschaffen worden ist. Die letztere ist durch wahllos in die Landschaft gesetzte Gebäude

stark verzeittelt. Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes für Niesky waren beide noch selbständige Gemeinden und als solche leider nicht für die Planung zu gewinnen. Gleichviel hat diese in ihren Grundzügen in erster Linie auf die inzwischen auch zur Tatsache gewordene Vereinigung der drei Orte Rücksicht genommen. Ueberaus von Vorteil war dabei, daß das für die neue Ortsgemeinschaft zentral gelegene Zugangsgelände zum Bahnhof fast völlig unbebaut geblieben war. Darnach bot sich Gelegenheit, die dortige Entwicklung, an der man sich durch Fehlen von Bebauungsplänen in so vielen anderen Fällen vergangen hat, von vornherein systematisch auszugestalten. In der Hand der Gemeindebehörde hätte jedenfalls der Plan, der auch eine Bauzoneneinteilung enthielt, das nötige Instrument bedeutet. Freilich genügt dazu nicht seine schematische Verwendung, sondern vor allen die Vertiefung in seine Absichten. Ob man ihn in der geeigneten Weise zu gebrauchen verstanden hat? Fast möchte ich es bezweifeln, denn statt den städtebaulich geschulten Architekten, der die Hauptrollen aufgestellt hat, mit der weiteren Bearbeitung nach der Eingemeindung zu betrauen, verdient sich ein inzwischen eingestellter Baubeamter die ersten Spuren daran.

Dies alles sollte nur als Beispiel dienen, wie bei der Wellen- und Talbewegung unseres wirtschaftspolitischen und kulturellen Empfindens gerade jetzt den kleinen Orten Auftriebs- und Entwicklungsmöglichkeit in die Hand gegeben ist. Natürlich muß man diese suchen und fördern. Eine geeignete Werbung ist dafür von wesentlicher Bedeutung. Auch die Architektenschaft sollte es sich nicht nehmen lassen, ihrerseits Initiative und Anregung dazu zu geben. Daß dabei ein so vollständig auf wirtschaftlicher Basis aufgebautes Unternehmen wie die Leipziger Messe erfolgreich wirkt und gesichert wird, ließ sich aus dem oben angeführten Beispiele der Gartenstadt Machern erschen. Darum sollte sie auch unter diesen und ähnlichen Gesichtspunkten noch mehr frequentiert werden.

Bemerkenswerte Verwendung einer Säulenrüstung.

Von Dipl.-Ing. Castner.

Ausbesserungsarbeiten im Innern von Kirchen sind bei Anwendung des bisher üblichen Verfahrens mit erheblichen Schwierigkeiten und Unkosten verbunden. Die Leiter- und Stangengerüste erfordern für ihren Auf- und Abbau eine größere Anzahl gut ausgebildeter Arbeitskräfte und dazu einen Zeitaufwand, der oftmals in gar keinem Verhältnis zu dem für die Ausführung der Arbeiten benötigten steht, und diesen bei kleineren Instandsetzungen oft genug nicht unerheblich übersteigt. Dazu kommt, daß vor der Aufstellung des Gerüsts die Kirchenbänke entfernt werden müssen, so daß der Kirchendienst während dieser Zeit stark beeinträchtigt wird und in den meisten Fällen unterbrochen werden muß.

Als sich im Sommer 1931 im Innern der St. Mathiaskirche auf dem Winterfeldplatz in Berlin-Schöneberg die Notwendigkeit größerer Instandsetzungen herausstellte, griff man zu einem neuartigen Mittel, mit dessen Hilfe es gelang, diese Arbeiten mit geringsten Kosten und in kürzester Zeit auszuführen, ohne daß der Kirchendienst auch nur einen Augenblick hätte eingestellt werden müssen.

Die Arbeiten bestanden in der Hauptsache im Ausbessern an den Gewölben, in denen sich, zu einem Teile verursacht durch die starken Erschütterungen, die der in unmittelbarer Nähe vorbeiführende Verkehr mit schweren Fahrzeugen im Gefolge hat, lange Risse gebildet hatten (Bild 1). Außerdem zeigten sämtliche Gewölbe große, von Regenwasser herabführende Flecken, die ein teilweises Neuverputzen und einen neuen Anstrich erforderlich machten.

Bei der Kirche handelt es sich um einen gotischen Bau von 50,26 m Grundfläche mit einem Mittelschiff und zwei Seitenschiffen und einer Innenhöhe von etwa 22 m.

Eine nochmalige Besprechung der Säulenrüstung selbst erübrigt sich an dieser Stelle, da sie bereits in Heft 30 dieser Zeitschrift vom 13. April 1929 ausführlich behandelt wurde. Bemerkenswert ist dagegen die praktische Durchführung der Instandsetzungsarbeiten in der Kirche.

Zu diesem Zweck wurde die Patent-Säulenrüstung beim Punkt A (Skizze 1) im linken Seitenschiff in der Nähe des Altarraumes zusammengeschraubt. Der sonst am oberen Säulende angebrachte Doppelarm war in diesem Falle entbehrlich, weil die Rüstung freistehend benutzt wurde; er konnte also fortfallen. Dafür wurde der Säulenkopf von zwei Drahtseilen gehalten, deren Enden an den Stellen 1, 2, 3 und 4 in Dübeln befestigt wurden, die in den oberen Ecken des Kirchenraumes eingelassen waren. Auf diese Weise war es möglich, die Säulenrüstung freistehend durch den ganzen Kirchenraum zu führen, so daß die Handwerker überall leicht und bequem an die Gewölbe herankommen konnten.

Das Weiterücken der Säule mit dem Fortschreiten der Arbeiten ging leicht und schnell vonstatten. Selbst der Uebergang von einem Gewölbe zum anderen bereitete keine besonderen Schwierigkeiten. Zu diesem Zweck wurde die Säulenspitze, wie Skizze 2 zeigt, so weit geneigt, daß sie unter dem Gewölbscheitel hindurchkommen konnte, um dann wieder aufgerichtet zu werden. So wanderte die Säulenrüstung allmählich durch das linke Seitenschiff bis an die Orgel, an dieser vorbei und quer über das Mittelschiff, dann der Länge nach durch das rechte Seitenschiff bis an den Altarraum, an der rechten Seite die Chortreppe hinauf, am Altar vorbei und links die Chortreppe wieder hinunter und schließlich im Zickzack durch das Mittelschiff, bis sie am Punkt B in der Nähe gelegte Weg ist auf Skizze 1 gestrichelt angedeutet. Für die der Orgel wieder abgebaut wurde. Der von der Rüstung zurückgeführte Weg durch das Mittelschiff wurden die beiden Seilenden 1 und 4 an den Dübeln 6 und 5 befestigt, die im Chorraum eingelassen waren.

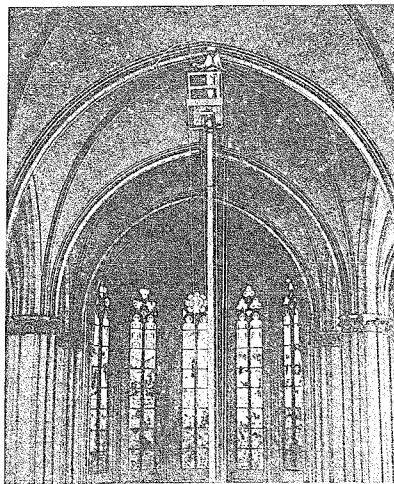
Die gesamten Arbeiten wurden innerhalb acht Werktagen ausgeführt, ohne daß der tägliche Kirchendienst auch nur gestört, geschweige denn unterbrochen worden wäre. Infolge des geringen Platzbedarfes der Säule war weder ein Beiseiteschieben, noch etwa gar ein Entfernen der Bänke erforderlich.

Die Gesamtkosten für die Instandsetzungsarbeiten betrugen 612,25 RM. Inbegriffen waren in diesem Preis: die Leihgebühr, die Beförderung, der Auf- und Abbau der Rüstung, Lohn und Material-

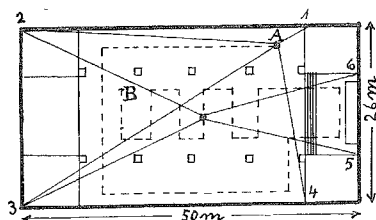
verbrauch der Maurer und Lohn für einen Bedienungsmann.

Bei Verwendung eines Leitergerüsts hätte allein die Berüstung des Kirchenraumes einen Kostenaufwand von mindestens 3000 RM. erfordert. Die Aufstellung des gewaltigen Leitergerüsts hätte beinahe gebraucht wurde.

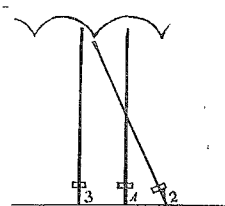
mehr Zeit in Anspruch genommen, als für die Erledigung der Arbeiten hätte man sich eines Leitergerüsts bedient, so wäre es nicht zu vermeiden gewesen, daß die Wände und Pfeiler durch das Ab-



Patent-Säulenrüstung bei Ausbesserungsarbeiten in einer Kirche



Skizze 1.



Skizze 2.

reiben und Abwischen des Staubes fleckig geworden wären. Durch Verwendung der Säuerlösung kamen die Arbeiter mit diesen Gebäudeteilen überhaupt nicht in Berührung. Nach den guten Erfahrungen, die im vorliegenden Falle mit der

Patent-Säulenrüstung gemacht wurden, dürfte sie mit Vorteil auch bei Ausbesserungs- oder Reinigungsarbeiten in anderen großen Räumen, wie Sälen, Markthallen, Bahnhöfen- und Ausstellungshallen usw. verwendet werden.

Kurze Nachrichten aus dem Baugewerbe.

Kein Gramm Holz im Haus — Fabrikmäßige Herstellung. Unter dieser Überschrift bringt die „Thüringer Allgemeine Zeitung, Erfurt“ in ihrer Nummer eine Abhandlung über ein Ganzstahlhaus auf der Ausstellung „Sonne, Luft und Haus für Alle“. In diesem Artikel wird das Stahlhaus in alle Himmel gehoben und als das Ideal des 20. Jahrhunderts hingestellt. Es heißt dort wörtlich: „Es ist ein „Ford“ der Häuser. Zwei Zimmer, durchaus kleine, Küche, Korridor, Duschraum, und eine zwanzig Quadratmeter große Veranda, alles für viertausendsechshundert Mark. Nur das Fundament muß man aus Stein bauen; dafür kostet es auch allein dreihundert bis sechshundert Mark. Bei der Konstruktion hat man sich, so seltsam es klingt, nach den Erfahrungen gerichtet, die man beim Bau von Kühlschränken und Ozondampfern gemacht hat. Beide werden vollständig aus Stahl hergestellt und beide bieten ähnliche Probleme wie das Wohnhaus, beispielsweise das der Wärme- und Schallsolation. Ganz ähnlich wie bei einem Kühlschrank schließt sich also an die stählerne Außenhaut eine Luftschicht, dann eine Innenwand und eine Verkleidung aus Pressmaterial, die tapazierfähig ist, und in die man mindestens ebenso Nägel einschlagen kann, wie bei einem steinernen Neubau, noch dazu mit dem Vorteil, daß man hier nicht die Fuge im Mauerwerk zu suchen braucht. Nach dem Muster eines Kühlschranks ist die Wärmeisolation frapierend. Im Sommer dringt die Hitze nicht herein, und im Winter nicht die Kälte. Auch dem Schall ist der Zutritt sehr erschwert. Man kann das Experiment machen, ein Grammophon auf dem Platz vor dem Hause aufbauen, Türen und Fenster schließen und wird im Innern höchstlichst keinen Ton hören. Bei den Fenstern hat man eine, besonderen Kniff angewandt: Die Fensterflügel gehen nicht nach außen auf, sondern lassen sich entsprechend der Windrichtung verstellen, wenn es heiß ist, kann man sich den Wind ins Zimmer blasen lassen, ist es kühl und man wünscht dennoch Luft, stellt man das Fenster als Wehr quer zur Windrichtung. Noch allerhand andere technische Vorteile und Annehmlichkeiten sind zu erwähnen, so vor allem die kurze Bauzeit von nur ein paar Tagen; der Hauptreiz des Ganzstahlhauses bleibt aber die Billigkeit und die unbedingte Zuverlässigkeit des einmal fixierten Preises.“ — Der angegebene Preis für die Fundamente mit 300 bis 600 RM. dürfte wohl ein bißchen sehr unklar sein. Es wird sich hier genau wie mit dem Preis des Hauses verhalten: in jeder Gegend verschieden, denn auch der fixe Preis für das Stahlgebäude kann nur für die Lieferung ab Werk gelten. Die Frachtspeisen werden sich je nach Entfernung ändern. Und die Montagekosten werden sich nach den örtlichen Löhnen richten müssen. Auch für den Fall, daß man das Haus von Spezialmonteuren erstellen läßt, was für die Behebung der Arbeitslosigkeit an den Plätzen, wo ein solches Haus erstellt wird, bestimmt nicht befruchtend wirken dürfte, werden die Spesen mit der Entfernung vom Werk verschieden sein. Außerdem möchten wir noch bemerken, daß sich der Stein- und Holzbau in Jahrhunderte alter Praxis bewährt hat, und man wird erst einmal abwarten müssen, wie solch ein Haus aussieht, wenn es 50 bis 70 Jahre gestanden hat. Bis jetzt hat sich ein großer Teil der neuen Baumethoden als verheißene Spekulation bewiesen. Als Beispiele seien nur erwähnt: Dammstock, Stuttgart, Breslau, Celle bei Hannover und viele andere. Der Stahl sollte weiterhin Verwendung finden bei Eisenschranken, Schiffsbauten und Konstruktionen, aber man sollte es unterlassen, immer neue zweifelhafte Versuche der Stahlverwendung im Kleinhausbau zu unternehmen. Wenn Typenhäuser unbedingt fabriziert werden müssen und damit gewaltigsten jeglicher Individualismus vernichtet werden soll, dann können wir auch gutes deutsches Holz nehmen, das sich auch nicht teuer stellt, dafür aber die Arbeitslosigkeit nicht in dem Maße vermehrt. Wir dürfen doch wahrlich endlich zur Einsicht kommen, daß die Arbeitslosigkeit, Weltwirtschaftskrise und was für Bezeichnungen man noch dergleichen nicht hat, für das namenlose Elend, das über uns

hereingebrochen ist, in erster Linie auf die Ueberzüchtung der Industrie zurückzuführen ist. — Im Baugewerbe ist so schon nichts zu tun, täglich gehen alte, solide Firmen in Konkurs, die Ziegeleien verfallen und im Walde das Holz verfault, verfault trotz der Schleuderpreise. Prozentual ist die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, dem Schlüsselgewerbe vieler Handwerke und Berufe, am größten. Und da wird es zugelassen, daß, gefördert von dem Reklamebedürfnis einiger bonzenhafter Parteibucharchitekten, die Stahlindustrie ihre Krallen ausstreckt, um das um neue Luft ringende Baugewerbe vollends abzuwürgen. — Schluß mit dem Rationalisierungswahn! auf Kosten ganzer Völker zugunsten einiger weniger! Laßt die Technik endlich Segen werden für alle! Schafft mit Hilfe der Maschinen allen Menschen ein bequemerer Leben, dann erst wird in Wahrheit sein: „Sonne, Luft und Haus für alle.“

Neue Direktoren der Breslauer Siedlungs-AG. Als Nachfolger der früheren Leiter, Direktor Piecha und Magistratsrat Dr. Friedländer, wurden durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft die Herren Obermagistratsrat Dr. Krumteich, der bisherige Dezernent des Stadtaamtes für Leibesübungen, und Stadtdirektor Tost, aus der Abteilung Kleinwohnungsbau, zu gleichberechtigten Direktoren gewählt. — Hierzu erfolgt aus Leserkreisen die Frage, ob die Herren während ihrer Tätigkeit bei der Gesellschaft als Magistratsbeamte ohne Gehalt beurlaubt sind oder gar zweimal Gehälter beziehen und unter die Kategorie „Doppelverdiener“ gehören? Und weiter, ob denn heutzutage gar keine Fachkenntnis mehr für einen Direktorenposten notwendig ist, da keiner von beiden Herren Baufachmann ist?

Der Devisen-Prozess der Stettiner Bauhütte. In der „Sozialen Bauwirtschaft“, dem Organ des Verbandes sozialer Baubetriebe, G. m. b. H., war in einem 2½ Seiten langen Artikel mit vielen Worten der Versuch gemacht worden, die Devisenschiebung der Stettiner Bauhütte als Verleumdung hinzustellen. — Der Versuch ist aber nicht geglückt. Die „Soziale Bauwirtschaft“ gibt sich große Mühe, die Angeschuldigten, besonders den sozialdemokratischen Stadtrat Lück, und den jetzt in Paris als Beauftragten der Bauhütte Pommern wohnenden Erich Koß, ehem. Geschäftsführer der Bauhütte Görlich, als blutverleihe Engel hinzustellen. Nun fragt man sich zunächst, wozu braucht die Bauhütte Pommern einen Beauftragten in Paris. Die „Soziale Bauwirtschaft“ schreibt über die Pariser Geschäfte wörtlich: „Ueber die von der Bauhütte Pommern in Paris geführten Verhandlungen ist der Verband sozialer Baubetriebe leider nicht unterrichtet worden. Er hat nur erfahren, daß wegen der Verwertung eines französischen Patentes und wegen der späteren Ausführung eines größeren Bauauftrages in Frankreich Verhandlungen schwebten.“ — Und dann weiter: „In diesen Stand der Dinge platzen für den Verband sozialer Baubetriebe völlig unerwartet Verhaftungen in Berlin und Stettin hinein, von denen der Verband sozialer Baubetriebe erst am Donnerstag, dem 2. Juni 1933 Kenntnis erhielt. Man erfuhr, daß die Verhaftungen auf Haussuchungen der Zollabzugsstelle Stettin zurückzuführen seien, die bereits mehrere Tage zuvor im Büro der Bauhütte für Pommern und in der Privatwohnung des Geschäftsführers Lück vorgenommen worden waren. Den Beschuldigten wird ansehend (!) der Vorwurf gemacht, daß sie unter Verstoß gegen die Devisenverordnung der Reichsregierung Geld ins Ausland geschafft hätten.“ — Wenn die Verhandlungen dem Verbands sozialer Baubetriebe so unerwartet „hineinplatzen“ und er über die Verhandlungen in Paris „lediglich nicht unterrichtet worden“ ist, sollte er lieber geschwiegen haben. Denn nun hat zwar der Untersuchungsrat beschlossen, den Direktor der Bauhütte Pommern, Stadtrat Lück, aus der Haft zu entlassen, aber erst wenn er eine Kautions von 100 000 RM. stellt und seinen Auslandspaß bei Gericht hinterlegt, weil Fluchtverdacht besteht. — Peinlich, die Sache!

Bücherschau.

„Der festliche Tag“ — so heißt eine gemüthliche und seelenheiternde Geschichte, die Karl Höcker im Innern von Velhagen & Klasing's Monatsheften veröffentlicht. — Ein festlicher Tag ist es für viele Zehntausende, sobald eine neue Nummer dieser gepfeigten Zeitschrift erscheint, ein festlicher Tag, der Freuden auf Wochen hinaus vermittelt, freuden von höchstem Rang und oft von unvergänglicher Wirkung. Dieses Juchzen, ähnlich eingeleitet von einer Fülle farbig wiedergegebener Gemäld deutscher Landschaften mit einer Plauderei von Wilhelm von Scholz — wie mannigfaltig breitet es seinen Reichtum aus. Jeder findet etwas, das ihn ganz persönlich angeht, und kein Beitrag, kein Bild geht spurlos am Leser vorüber. Es ist ein Frühjahrsfest. Wir lesen von unsern Wiesen (Universitätsprofessor Dr. R. Scharleier) und vom Heuschneppen (Universitätsprofessor Dr. Adolf Baumeister), von Wikingerfahrten deutscher Segler (von Käthe Bruns). Aber auch andere Themen locken, so die in Streifzügen des Tages leuchtende Abhandlung über den lauternden Wettbewerb von Landgerichtsrath Ludwig Leibfried, die reich illustrierte Charakteristik Alfons XII. von Marc Aldanov, die farbenleuchtende Schilderung der Fürstin aus Ur von Professor Dr. W. Andrae. Unter den sonstigen Beiträgen des Heftes sei nur noch auf den Schluß des preisgekürten Romans „Rauch an der Ruhr“ von F. W. Beielstein verwiesen.

Selbsthilfebuch. Verfasser: Regierungsbaumeister a. D. Dr.-Ing. Hans Spiegel, Arch. BDA, DWA, Düsseldorf. Verlag: Gemeinnützige Kleinodler-Selbsthilfe e. V. Düsseldorf. Verkaufspreis: 0,90 RM. — Das Erwerbslosen-Problem zu lösen ist eine der brennendsten, volkswirtschaftlichen und politisch wichtigsten Aufgaben unserer Tage. Die Gestaltung des Lebenswunschkates der 6 Millionen Erwerbslosen und Unterstützungsempfänger in Deutschland, des großen Heeres der dauernd vom industriellen Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Arbeitskräfte sieht daher im Mittelpunkt der Diskussion über den Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Der Verfasser, anerkannter Fachmann auf dem Gebiet des Wohnungsbaues und insbesondere auf dem Gebiet des Siedlungsbaues und Kleinstwohnsaues, begründet die Notwendigkeit einer Umsiedlung der dauernd unproduktiv bleibenden Arbeitskräfte, zeigt und charakterisiert den irrsinnigen der „wildem“ Siedlung und beschreibt eingehend die Möglichkeiten der Umsiedlung und der Gesundung und des Aufbaues der Wirtschaft der Kurzsichtigenarbeiter und der Erwerbslosen durch die Umsiedlung und durch die Schaffung von Siedlerstellen in Selbsthilfe. Gestützt auf praktische Erfahrungen, Beobachtungen und Verhandlungen mit den Erwerbslosen wird die Bildung von Arbeitskameradschaften (Zehnerschaften) und der positive Weg der Selbsthilfe am praktischen Beispiel geschildert, und mit einer von lebhaftem Interesse für die Sache der Erwerbslosen getragenen Überzeugung die wirtschaftliche und organisatorische Durchführbarkeit der Umsiedlung nachgewiesen.

Teubners Tabellenbücher. Heft H: Holzgewerbe, von Gewerbeoberlehrer J. Flocken, Altona. 2. Aufl. Mit etwa 300 Abb. (88 S.) 8. (Best. Nr. 9245) Kart. 1,40 RM.; bei Bezug von 25 Expl. 1,20 RM. Durch DRGM. Nr. 1058 955 geschützt. Verlag von H. G. Teubner in Leipzig und Berlin 1931. — Im Gegensatz zu anderen Tabellenbüchern bringt das vorliegende Heft in sorgfältiger Beschränkung nur den für Schule und Werkstatt wesentlichen Stoff. Es zeichnet sich aus durch übersichtliche, anschauliche Anordnung. Außer notwendigen Rechenbeispielen enthält es die gebräuchlichsten geometrischen Konstruktionen, Tafeln über Messung und Inhalt von Rund- und Schnittholz, sowie Angaben über die zur Behandlung und Bearbeitung des Holzes erforderlichen Eigenschaften. Außerdem sind beigegeben Tabellen über Haltbarkeitsverhältnisse (Furniere, Splerrplatten, Fußleisten), Hilfsstoffe, Beschläge und Werkzeuge, Möbel- und Bautischlerarbeiten. Die zweite Auflage ist einer Neubearbeitung unterzogen worden, wobei neben wertvollen Anregungen von Fachleuten die Richtlinien für das Zeichnen der Tischler, aufgestellt von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Lehrer für das Holzgewerbe, berücksichtigt wurden. Besondere Vorteile sind die handliche Form, die übersichtliche Textanordnung, die Klarheit des Druckes und die wertbare Ausführung. Für die Praxis der Werkstatt ist das Buch sehr zu empfehlen.

Schulwesen.

Die Technische Hochschule zu Stuttgart weist in diesem Sommerhalbjahr insgesamt 1730 Studierende auf. Davon entfallen auf die Studienfächer Architektur 161 und Bauingenieurwesen 252.

Neuer Rektor der Technischen Hochschule Breslau. An Stelle des ausscheidenden Rektors, Professor Dr. phil. E. Waetzmann, wurde für die kommende Amtsperiode der o. Professor und Direktor des Instituts für Anorganisch-chemische Technologie und des Kokerei- und Gaslaboratoriums, Dr. phil. Bernhard Neumann, zum Rektor der Technischen Hochschule Breslau gewählt. Da der Herr Minister den scheidenden Rektor auf sein dringendes Ansuchen hin im Interesse umfangreicher literarischer und wissenschaftlicher

Arbeiten auch von den amtlichen Pflichten des Prorektors entbunden hat, wurde zum Prorektor der o. Professor Dr.-Ing. Karl Beger gewählt.

Höhere technische Staatslehranstalt für Hoch- und Tiefbau, Deutsch Krone. Auf dem Schulhof wurde von Schülern ein vollständiger Zimmerplatz (Schnürboden) auf Betonfundamenten hergerichtet. Die Einrichtung dieses wichtigen Lehrmittels ist durch das Entgegenkommen des Landrats, der Altkornervereinigung der Anstalt und einiger Dt. Kroner Firmen ermöglicht worden. An Neueinrichtungen sind ferner hinzuzutreten eine Baustoffsammlung und eine Planzammer. Die Baustoffsammlung soll neben der Baustoffprüfung den Schülern jeden Baustoff durch eigene Anschauung vermitteln und soll in den nächsten Semestern noch weiter ausgebaut werden. Für das kommende Wintersemester liegen bisher 120 Anmeldungen vor.

Habilitation an der Technischen Hochschule Breslau. Bei der Fakultät für Bauwesen habilitierte sich als Privatdozent für das Lehrfach „Wasserwirtschaft und Kulturtechnik“ der Regierungs- und Baurat Artur Wechmann aus Breslau. Das Thema seiner Habilitationsschrift lautet: „Beitrag zur Berechnung der Wirtschaftlichkeit von Landeskulturarbeiten.“ — Wechmann ist tätig bei der Oderstrombauverwaltung in Breslau. Seine jetzige dienstliche Tätigkeit beim Oberpräsidium umfaßt die Bearbeitung aller wasserwirtschaftlichen Fragen des Oberpräsidiums als Hofratsverwaltung, die Oberleitung der Hochwasserschutzarbeiten an der Oder und die technische Bearbeitung der Wasserrechtssachen des Bezirksausschusses.

Verordnungen.

Eine Polizeigeheißverordnung betreffend die Be- und Entwässerungsanlagen der Grundstücke für den Gemeindebezirk der Stadt Breslau ist vom Magistrat Breslau unterm 22. April 1932 erlassen und im Breslauer Gemeindeblatt Nr. 25 vom 19. Juni 1932 veröffentlicht worden.

Eine Polizeiverordnung betreffend baupolizeiliche Erleichterung für Wohnlauben ist auf Grund der §§ 14 und 28 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 und des Wohnungsgesetzes vom 28. März 1928 von der Ortspolizeibehörde — Baupolizei Breslau als Nachtrag VI zur Bauordnung vom 20. Mai 1926 erlassen und in Nr. 26 des Breslauer Gemeindeblatts vom 26. Juni 1932 veröffentlicht worden.

Ortsgesetz über Bauerleichterungen im Stadtgebiet Leipzig. Die Stadt Leipzig gibt ein neues Ortsgesetz heraus, das wesentliche Bauerleichterungen gegenüber den bisherigen Bestimmungen enthält. So wird der Begriff „Kleinhäuser“ mit nicht mehr als 2) und „Mittelhäuser“ (mit nicht mehr als 3 Vollgeschossen) festgelegt. Kleinhäuser, deren Grundstück nur 12 m Höchstfläche besitzt, brauchen nur noch 3 m von der Grenze Abstand zu halten, und wenn die Häuser nur aus Erd- und Dachgeschoß bestehen, nur 2,50 m. Die mindeste lichte Höhe für Wohnräume und Läden ist in Kleinhäusern auf 2,50 m, sonst 2,70, für Wohnungszubehörräume im Dachgeschoß auf 2,25 m herabgesetzt. Ferner sind Erleichterungen für Raumgrößen, Treppenbreiten, Brandmauern, Schornsteine, Baderäume, Waschküchen, Banweisen und Belastungen in dem neuen Ortsgesetz enthalten. Die alten Ortsgesetze über Bauerleichterungen für Kleinhäuser von 1919 und 1927, sowie für Mittelhäuser von 1921 und 1927 werden aufgehoben. Und dann, der wichtige § 10 lautet: „Ausnahmen kann der Rat bewilligen.“ Dieses dürfte der wichtigste § des Gesetzes sein, den sich die Herren Kollegen ja gut merken wollen.

Wettbewerb.

Neumarkt Schles. Zu unserer Mitteilung in Nr. 26 betr. Neubau einer evangelischen Kirche in Neumarkt ist richtigzustellen, daß weder ein Wettbewerb noch ein Neubau einer Kirche in Frage kommt. Einstimmig beschlossen ist der Umbau der Klosterkirche, und dafür liegen die baupolizeilich genehmigten Pläne bereits vor. Mit den Bauarbeiten wird voraussichtlich in nächster Zeit begonnen.

Schwarzarbeit und Preisdrückerei untergraben das Baugeverbe!

Der Bausewerbeverband Pommern macht auf folgendes aufmerksam: Die letzte wirtschaftliche Krise wuch sich auf keinen Baufuß auch nicht annähernd so verheerend aus, wie auf das Baugeverbe. Die Lage wird besonders verschärft durch das Überhandnehmen der Schwarzarbeit. Welchen Gefahren aber der sogenannte Eigenbaunehmern ausgesetzt ist, zeigt folgende Entscheidung eines ostpreussischen Oberlandesgerichts: Ein Schindwergeländer hatte im Jahre 1928 den Neubau seines Wohn- und Geschäftshauses durch einen gewerblichen Baumeister ausführen lassen. Auf dem Grundstück standen noch über 100 Jahre alte Fachwerkbauwerke, die vor Beginn der Neubauarbeiten abgebrochen werden mußten. Der Baumeister erbot sich, diese Arbeiten sach- und fachgemäß im Interesse seines Auftraggebers für die Selbstkosten zu beauftragen. Der Bauherr lehnte jedoch ab und begann mit dem Abbruch in eigener Regie. Er wandte sich an den zuständigen Baumeister, der etwa 10-11 Arbeiter ein, darunter auch einen Zimmermann, der die Aufsichtstätigkeit übernahm. Beim Abbruch stürzte infolge lahmschwerer Arbeitsweise eine Fachwerkwand um, wodurch ein Arbeiter erheblich verletzt wurde. Die zuständige Berufsgenossenschaft stellte mit Rücksicht darauf, daß die Arbeiten nicht unter fachkundiger Leitung und Aufsicht durchgeführt worden waren, Haftpflichtansprüche an den Eigenbauherrn. Diese Ansprüche der Berufsgenossenschaft wies der Richter des zuständigen Landgerichts vom 9. Januar 1931 mit der Begründung ab, daß der Eigenbauherr als Nichtfachmann für den Schaden gemäß § 903 RVO. in voller Höhe zu haften hat, da der Tatbestand des § 330 des Straßengesetzes gegeben ist. Der Eigenbauherr hatte bei Ausführung Abbrucharbeiten gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst verstoßen und dadurch den Untergang herbeigeführt.

Ein weiterer Mibstand ist, daß nicht nur von Privaten, sondern auch von Behörden Banarbeiten zu Preisen vergeben werden, die einer Nachkalkulation niemals standhalten. Hierdurch wird der leistungsfähige Teil der Baunehmernschaft, der als Hauptsteuerzahler in Frage kommt, nicht und mehr ausgeschaltet. In Erkenntnis dieser Entwicklung hat der Landrat des Kreises Wittgenstein L. W. seinen sämtlichen unterstellten Behörden eine Anweisung gegeben, die treffend zeigt, welche die Entwicklung geht, wenn nicht der zuverlässige Baunehmernschaft zu unakommlichen Preisen erhält. In der Anweisung wird unter anderem folgendes ausgedrückt: „Bei den außerordentlich ungünstigen Ansichten für sämtliche Baugeverbe halte ich es für dringend erforderlich, daß alle öffentlichen Stellen, die auf die Vergabe von Bauarbeiten Einfluß haben, durch die Vergabe, die öffentliche und erfahrungsgemäß ordentliche und preiswerte Arbeit geliefert haben. Außerdem muß dabei gewirkt werden, daß dabei Preise erreicht werden, die diesen Betrieben die Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz ermöglichen. Würden alle Bauarbeiten nur an Mindestforderungen vergeben, dann wäre mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß ein großer Teil gerade der wertvollsten Baugeschäfte, die nicht kalkulieren können, wegen völligen Ausbleibens von Aufträgen zusammenbrechen, während Betriebe, die bei richtiger Erkenntnis ihrer wirtschaftlichen Lage bereits zusammengebrochen sind, durch Erlangung von Verlustträgen auf Kosten ihrer Materiallieferanten und Arbeitnehmer sich noch kurze Zeit über Wasser halten können, dann aber unter desto schwererer Schädigung ihrer Gläubiger zusammenbrechen.“

Im übrigen bricht sich auch sonst diese in den angeführten Erfind ausgesprochene Erkenntnis Bahn. So fordert der Bauvermeister Freiburg in Baden Baugeschäfte zur Abgabe von Angeboten unter folgender Mitteilung auf: „Rechnen Sie bitte so, daß Sie bei prompter Bezahlung mit Ihren Preisen auskommen, unsere Bauten sollen und möchten keine Handwerkerleidenheiten werden.“ Möchte auch in Pommern die öffentliche Stelle dazu beitragen, daß das steuerzahlende Gewerbe bei angemessener Bezahlung in seiner Steuerkraft der Gesamtheit erhalten wird.

Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Durch das Vorgehen der vereinigten Innungen zu Dortmund ist in Dortmund eine Arbeitsgemeinschaft sämtlicher beteiligter Behörden und Organisationen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit geschaffen worden. An dieser Arbeitsgemeinschaft sind beteiligt: das Amt für den Vollzugsdienst, das Finanzamt, die Sektion 3 der rheinisch-westfälischen Bauwerks-Berufsgenossenschaft, die Gewerkepolizei, die Baupolizei, die Ortskrankenkasse und die Arbeitnehmerorganisationen. Von einer Zentralstelle, deren Geschäfte von dem genannten Handwerksamt geführt werden, erfolgt die Benachrichtigung der genannten Behörden und Organisationen über vorfindende Schwarzarbeitsfälle. Die aufgeführten Behörden und Ämter stellen sich bei jeder Meldung über ihren Befugnisse nachzuprüfen, ob durch den Schwarzarbeiter Verstöße gegen die in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen erfolgt sind.

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbekartelltag hat den deutschen Handwerks- und Gewerbeverbänden ein ähnliches Vorgehen gegen die überhandnehmende Schwarzarbeit empfohlen und nimmte auch in einer besonderen Eingabe an Reichsfinanzminister gebeten, die Landesfinanzämter und Finanzämter inzwischens herbeizurufen, um die Handwerkskammern oder örtliche Arbeitsgemeinschaften des Handwerks mit der Hilfe um Bildung solcher Gemeinschaften an die Finanzämter heranzutreten, dessen Wünsche stattzugeben. Da die Verfolgung der Schwarzarbeit nicht allein im Interesse des Handwerks, sondern auch im fiskalischen Interesse liegt, ist anzunehmen, daß der Reichsfinanzminister diesen Wunsch Rechnung tragen dürfte.

Beschäftigung von Schwarzarbeitern, Beihilfe zum Betrug.

Wer einen Arbeitslosen, der Arbeitslosenunterstützung bezieht, mit sog. „Schwarzarbeit“ beschäftigt, d. h. ihm irgendwelche Arbeiten überträgt, aber die Anmeldung zur Krankenkasse unterläßt, macht sich

nach einem Urteil des Strafsenats des Oberlandesgerichts Hamburg vom 21. Januar der Beihilfe zum Betrug schuldig.

Der Arbeitslose ist verpflichtet, dem Arbeitsamt unverzüglich die Annahme entlohnter Arbeit anzuzeigen (§ 176 des Gesetzes über Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung). Der Arbeitslose hat auch mit dem Antrag auf Gewährung von Arbeitslosenunterstützung einen Revers unterschrieben, in dem er sich verpflichtet, Beschäftigung jeder Art und Dauer dem Arbeitsamt anzuzeigen. Bei Verletzung der Offenbarungspflicht des Arbeitslosen wird die Arbeitslosenunterstützung seitens des Arbeitslosen bestrafen.

Wer den Arbeitslosen beschäftigt und durch Nichtanmeldung bei der Krankenkasse verhindert, daß das Arbeitsamt die vom Arbeitslosen nicht gemeldete Arbeitsübernahme entdeckt, leistet Beihilfe zum Betrug. Das gilt auch dann, wenn dem Arbeitslosen lediglich die Ausführung einer oder mehrerer Arbeiten übertragen wird und kein Arbeitsvertrag, sondern ein Werkvertrag vorliegt (§ 317 des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung). Jeder Arbeitgeber, der einen „Beschäftigten“ in die Arbeitslosenversicherung bei einer Krankenkasse verpflichtet ist, binnen drei Tagen nach Beginn und Ende der Beschäftigung melden. Im Sinne dieser Gesetzesvorschrift sind die Begriffe „Arbeit“ und „Arbeiter“ weit auszulegen, so daß der Begriff „Arbeit“ und „Beschäftigung“ im Sinne des § 517 des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung als Werkvertrages nicht ausgeschlossen ist. — Ob der Arbeitgeber an der Deckung des Betrages durch den Arbeitslosen ein eigenes Interesse gehabt hat, sich etwa eine möglichst hohe Arbeitskraft verschaffen wollte, ist gleichgültig, da es für den Begriff der Beihilfe zum Betrug nicht auf den Beweggrund und die Interessen des Gefährten ankommt.

Untersagung des Baubetriebes.

Der Regierungspräsident zu Liegnitz hat kürzlich ein früheres Rundschreiben über die Sache der Polizeiverwaltungen in Erinnerung gebracht. Das Rundschreiben, das in erheblicher Weise dem Schutze des soliden Baugeverbes dient, hat folgenden Wortlaut:

„Wie bisher nicht genügend beachtet wird, gibt § 53a der Reichs-gewerbeordnung eine ausreichende Handhabung gegenüber Bauausführungen durch solche Personen, die den Polizeiverwaltungen nicht die Gewähr für eine nach der Baukunst entsprechende Ausführung geben. Die in dem genannten Paragraphen erwähnte Bauaufsicht braucht nicht auf solche Fälle beschränkt werden, in denen die Bauausführungen durch Verstoß oder Verfehlungen nachgewiesen sind, sondern es genügt für Untersagung des Baugeverbes, daß nach dem Ermessen der Behörde für den betreffenden Bau ein höherer Grad praktischer Erfahrung oder technischer Vorbildung erforderlich ist, um den Bau auszuführen im Sinne der Bauordnung als unzuverlässig erscheinen zu lassen.“

Es sind deshalb auch in dem 2. Absatz der Baupolizeiverordnung vom 27. Dezember 1922 die erforderlichen Bestimmungen getroffen, die den Polizeiverwaltungen die Aufsicht über die Bauausführungen geben.

Es hat sich nun in letzter Zeit gezeigt, daß gelegentlich Bauten von solchen Personen ausgeführt werden, die entweder gar keine fachliche Vorbildung oder auch nur unzureichende besitzen. Es sei darauf hingewiesen, daß in denjenigen, denen die Leitung des Baues untersagt werden kann, nach dem Erlaß vom 25. Februar 1907 (L.H.M.H. S. 80) auch die Poliere gehören, woraus eines weiteres ergibt, daß die Anforderungen, die an Vorbildung und Erfahrung gestellt werden sollen, ziemlich erheblich sind.

Es wird daher von den Polizeiverwaltungen unbedingt daran festzuhalten sein, daß keine Baugenehmigungen erteilt werden, wenn der Bauausführende nicht die Bauvorschriften unterschrieben hat und die Zuverlässigkeit desselben geprüft ist.

Mit Rücksicht auf die Bauarbeiter und den Bauherrn bzw. die späteren Bewohner des Hauses wird grundsätzlich daran festzuhalten sein, daß für Wohnungsbauten aller Art nur die Ausführung durch eine zur Ausübung des Baugeverbes berechtigte Person ausgeübt werden darf. Insbesondere wird in Fällen, denen sich während der Bauausführung Unzuverlässigkeiten herausgestellt haben, sorgfältig zu prüfen sein, ob diese Bauausführung nicht zu untersagen ist.“

Der Stand der vorstädtischen Kleinsiedlung.

Wie der Amtliche Preussische Pressendienst mitteilt, ist die erste Baubauabschnitt Ende Juni 1932 bis auf wenige Vorhaben im vollen Gange. Mehr als ein Drittel der Siedlungen werden in kürzester Zeit vollendet sein. Von den insgesamt rund 11.200 Kleinsiedlerstellen entfallen zurzeit auf Berlin 1890, auf die Provinzen Brandenburg 674, Grenzmark 490, Ostpreußen 300, Pommern 319, Niederschlesien 812, Oberschlesien 496, Sachsen 494, Schleswig-Holstein 624, Westfalen 488, Hessen-Nassau 830, Rheinprovinz 1524, das Gebiet des Siedlungsverbandes (Ruhrkohlenbezirk) 1699.

Nach Überwindung anfänglicher Schwierigkeiten bei dem ersten Baubauabschnitt steht zu erwarten, daß der zweite Baubauabschnitt, für den ein Bedarf von mehr als 30.000 Stellen angemeldet ist, namentlich schnell zur Durchführung gelangt und bis zum Herbst dieses Jahres beendet ist. Von den im Rahmen dieses zweiten Baubauabschnittes auf Preußen entfallenden 700 Stellen werden 120 Stellen in Berlin, 120 Stellen in den Provinzen Brandenburg 320, Grenzmark 20, Ostpreußen 250, Pommern 320, Niederschlesien 320, Oberschlesien 160, Sachsen 360, Schleswig-Holstein 160, Hannover 320, Westfalen 160, Hessen-Nassau 250, Rheinprovinz 860, das Gebiet des Siedlungsverbandes (Ruhrkohlenbezirk) 500.

Neben der vorstädtischen Kleinsiedlung ist durch Gewährung von Reichsbeihilfen die Anlage von Kleinsiedlungen für Erwerbslose und Kurz- und Mittelverdiener gefördert. Von dem 1. Juni 1930 bis zum 31. März 1932 sind insgesamt rund 33.680 Stellen in Kleinsiedlungen auf Berlin 1825, auf die Provinzen Brandenburg 1465, Grenzmark 195, Ostpreußen 1183, Pommern 979, Niederschlesien 2888, Oberschlesien 1318, Sachsen 4434, Schleswig-Holstein 1213, Hannover 3452, Westfalen 430, Hessen-Nassau 3508, Rheinland 5669 und das Gebiet des Siedlungsverbandes (Ruhrkohlenbezirk) 5151. — Im Rahmen des zweiten Baubauabschnittes sind für Preußen rd. 17.600 Kleinsiedlerstellen eingezeichnet.

Abbau der Regiebetriebe.

Die nationalsozialistische Fraktion hat im Preußischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Existenz der von der Konkurrenz betroffenen Betriebe des Handwerks und des übrigen gewerblichen Mittelstandes untergraben ist. Dies verstößt gegen den klaren Wortlaut des Artikels 164 der Reichsverfassung.

Der Landtag wolle deshalb beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht:

1. Die Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen öffentlichen Körperschaften anzuweisen, den planmäßigen Abbau eigener Regiebetriebe und gemischtwirtschaftlichen Betriebe mit Ausnahme der öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsbetriebe bis zu ihrer völligen Beseitigung vorzunehmen.

2. Die Einstellung der Regierbarkeit in den staatlichen und kommunalen Betrieben zu veranlassen.

3. Dem Landtag eine entsprechende Denkschrift spätestens in vier Wochen vorzulegen, in welcher diese Betriebe namentlich nach Größe und Art verzeichnet sind.

4. Auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß im gesamten Reichsgebiet den unter Ziffer 1 und 2 genannten Forderungen allgemeine Rechnung getragen wird und gegebenenfalls die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Das neue sächsische Baugesetz angenommen.

In der Sitzung des Sächsischen Landtages am 30. Juni d. J. wurde der Entwurf des neuen sächsischen Baugesetzes in zweiter Lesung durch beraten. Vor Eintritt in die Beratung erklärte Innenminister Richter: Es ist erfreulich, daß der Rechtsausschuß des Landtages daran festgehalten hat, das neue Baugesetz unbeschadet der Vorberatung eines Reichsstadtbaugesetzes zu verabschieden. Der Rechtsausschuß hat auch der Regierungsvorlage in wesentlichen Punkten zugestimmt. Soweit Abweichungen zwischen dem Entwurf und dem Gesetz der Regierung im wesentlichen nicht erhoben, zumal die Abweichungen vielfach eine sachliche und sprachliche Verbesserung darstellte. Die sächsischen Abweichungen gewährleisten eine noch größere Einheitlichkeit des sächsischen Baurechts. Daß man allerdings die Bestimmung gestrichen hat, die den Einbau von Läden in Kellergeschossen untersagt, erscheint der Regierung schon vom gesundheitlichen Standpunkte aus bedenklich.

Das Baugesetz ist schließlich in der Fassung des Rechtsausschlusses einstimmig angenommen worden. Es tritt am 1. Oktober 1932 in Kraft.

D.

Von den Bausparkassen.

Die Deutsche Bau- und Siedlungsgemeinschaft e. G. m. b. H., Darmstadt, hat namentlich nach eingehender Prüfung durch das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung die Erlaubnis erhalten, ihre Geschäfte weiterzuführen. Wie der Treuhänder, Dr. Apel, in der Generalversammlung erklärte, habe das Reichsaufsichtsamt nicht die geringsten Beanstandungen in bezug auf die Geschäftsführung machen können. Das Reichsaufsichtsamt hat die ihm vorgelegte, bis ins einzelne spezialisierte Bilanz eingehend geprüft und für völlig einwandfrei befunden. Auch die Form der Genossenschaft wird die „D.B.S.“, wie den Verbandskollegen zu entnehmen war, wohl beibehalten können. Die Zahl der Mitglieder ist gegenüber 1930 trotz der schweren Zeit um 14 Prozent auf 37 088 gestiegen. Ein Zeichen dafür, daß der Gedanke des Eigenheims dennoch im Wachsen begriffen ist. Die Bausparkonto sind um rund 28 Prozent auf 27 000 angewachsen, die Gesamtantragssumme um 57 Millionen auf 257 Millionen gestiegen. Die Summe der dinglich gesicherten Darlehen ist auf 38,8 Millionen angewachsen. Es sind bisher insgesamt 3189 Darlehen in einer Gesamthöhe von 44,2 Millionen RM. zugeleitet worden. Von diesen Zuteilungen entfallen 67 Prozent auf die Wartezeit von einnhalb bis zwei Jahren. Besonders bemerkenswert ist, daß der Reinzugang der Spargelagen gegenüber der tariflichen Pflichtleistung eine Steigerung von 236 Prozent erfahren hat. Infolge der Senkung des Bankzinsindex um etwa 20 Prozent haben eine Anzahl Mitglieder auch eine Senkung der für das geplante Bauvorhaben veranschlagten Antragssumme vorgenommen, um ihren Sparverpflichtungen bei der veränderten Einkommenslage auch weiterhin pünktlich nachkommen zu können. Nach den Ausführungen des Geschäftsberichtes entwickelt sich die Genossenschaft auch weiter befriedigend. Die zweipersonige Besteuerung der Spareinlagen wird von sämtlichen Mitgliedern als unbillige Härte empfunden und man hofft, daß die in dieser Angelegenheit geführten Verhandlungen eine Änderung bringen werden. Ferner wurde noch mitgeteilt, daß die Generalversammlung beschlossen hätte, die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder auf 12 und die der Generalversammlungsmitglieder von 100 auf 50 zu senken, um weitere Ersparnisse in den Verwaltungskosten zu erzielen. Dafür werden die Vollmachten für Vorstand und Aufsichtsrat erheblich erweitert.

Le.

Die Bausparkassen-Bewegung. Durch die Tätigkeit des Reichsaufsichtsamtes und durch die damit verbundene zwangsweise Aufhebung zahlreicher Kassen hat die Bausparkassenbewegung viel an Vertrauen eingebüßt. Die gesunden Bausparkassen mußten diese Vorgänge als eine Ungerechtigkeit empfinden, da sie auch ihnen abträglich geworden sind. Man will deshalb während der Leipziger Baumesse im Herbst (28. August bis 1. September) durch eine Kundgebung der finanziell gesicherten Bausparkassen die Öffentlichkeit darauf hinweisen, daß noch immer zahlreiche einwandfreie Bausparkassen in Deutschland vorhanden sind, die Vertrauen verdienen und zur Förderung des Bauens und der Bauwirtschaft berufen sind.

Generalversammlung der Bausparkasse Deutsche Bau-Gemeinschaft, Aktionsgesellschaft, Leipzig. Die aus der gleichnamigen Genossenschaft hervorgegangene Aktiengesellschaft hielt am 19. Juni ihre ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Gesellschaft im Berichtsjahr 429 Darlehen im Betrage von 4,24 Millionen RM. zuteilen konnte, so daß die Gesamtzahl der vergebenen Darlehen bis 31. 12. 31 auf 11 440 und die Gesamtsumme in Höhe von 13,61 Millionen RM. gestiegen ist. Die finanzielle Lage der DBG. ist, wie die Gesellschaft berichtet, absolut gesund. Bemerkenswert ist, daß auch die Entwicklung der Gesellschaft im Jahre 1932 günstig verlief. Die Geldeingänge sind bis Ende Mai um 2 Millionen RM. gestiegen, so daß der Bauwirtschaft in laudenden moralischen Darlehensvergebenen weitere erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Besonders hervorzuheben ist die Einmütigkeit und Geschlossenheit in der Leitung der DBG-Bausparkasse, die auch auf der Generalversammlung wiederum zum Ausdruck kam. Die Genehmigung der Bilanz nebst Verlust- und Gewinnrechnung wurde ebenso einstimmig erteilt wie die Entlastung, für Vorstand und Aufsichtsrat. Bemerkenswert waren noch im besonderen die Ausführungen, die das Aufsichtsratsmitglied Herr Senatspräsident Mentzel machte. Er führte u. a. aus, daß das Reichsaufsichtsamt nach keiner Bausparkasse den Geschäftsbericht zugehört und damit die gründliche Zulassung ausgesprochen habe. Voraussichtlich würden aber Zulassungen für eine Anzahl von Bausparkassen demnächst erfolgen, unter denen sich die DBG. befinden würde.

Fortbildung jugendlicher Bauarbeiter. An den Bestrebungen, die jugendlichen Bauarbeiter, die infolge der Wirtschaftskrise an der ordnungsmäßigen Beendigung ihrer Lehrzeit behindert sind, beruflich fortzubilden, beteiligt sich jetzt auch die Gruppe Provinz Sachsen-Anhalt-Thüringen des Reichsverbandes Industrieller Bauunternehmungen. Diese Gruppe hat bereits im letzten Winter in Halle a. d. S. einer Kurse für erwerbslose jugendliche Bauarbeiter abgehalten. Der Kursus dürfte in erster Linie der Beschäftigung früherer Lehrlinge für Mittelbetriebe zum Zwecke der Weiterbildung und Umschulung. Auch im kommenden Winter sollen solche Kurse in Halle a. d. S. und Erfurt abgehalten werden. Es ist beabsichtigt, sich dabei der Mitarbeit des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland in Erfurt zu verschreiben.

12.

Die im Ostfriesisch vorgesehene Bahnhauten gesichert. Die Tatsache, daß im neuen Reichsstat für Bahnhauten im Etat der Ostfriesen 500 000,— Reichsmark eingezeichnet sind, hat beglücklicherweise in ganz Ostfriesland zu großen Begehrungen geführt, da man die Bahnhauten für geteilt hält. Diese Annahme beruht auf einem Mißverständnis. Es waren sowohl in den Jahren 1930 als auch 1931 2,5 Millionen RM. im Reichsstat für Bahnhauten im Osten vorgesehen. Diese Mittel sind noch vollständig vorhanden, da die Bahnhauten, soweit sie für sofort vorgesehen sind, über die Vorarbeiten noch nicht hinausgediehen sind. Nach Abschluß der technischen Vorarbeiten kann planmäßig mit den Bahnhauten begonnen werden.

Verbilligte Zinsen für Bauzwecke. Die Notverordnung vom 14. Juni d. Js. enthält u. a. die Bestimmung, daß die Zinsen für Darlehen, die für die Teilung von Wohnungen sowie für Instandsetzungsarbeiten an Wohnungen angenommen werden, durch öffentliche Zuschüsse eine Verminderung erfahren können. Ferner ist vorgesehen, daß die Zinsen aus solchen Umbau- und Reparaturdarlehen die Bürgschaft übernehmen. Hierdurch soll dem Hausbesitzer die Beschaffung der erforderlichen Mittel erleichtert werden und die Zinszuschüsse dürften einen besonderen Anreiz zur Vornahme der Reparaturen geben. In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, daß schon jetzt ein wesentlicher Teil der Beschäftigung der Bauarbeiterschaft vom Umbau getragen wird. Während in den vorvergangenen Jahren vorwiegend der Wohnungsneubau den Ausschlag für die Beschäftigung der Bau- und Baubewerke bot, gewinnt jetzt der Umbau und die Reparatur ständig wachsende Bedeutung. Entfielen beispielsweise im ersten Vierteljahr 1931 3,5 Prozent der hinzugekommenen Wohnungen auf Umbauten, so steigerte sich der Anteil im Laufe des vergangenen Jahres auf 7 Prozent und schwoll im ersten Quartal 1932 auf 18 Prozent an. Im April und Mai d. Js. ist dies Anteil auf über 20 Prozent gestiegen, d. h. also, rund ein Drittel des Zuzuges von Wohnungen entfällt auf solche, die durch den Umbau anderer Wohnungen, und zwar vorwiegend durch die Teilung von Großwohnungen, entstanden sind.

Der Landarbeiter-Wohnungsbau in der Krise. Während für das Rechnungsjahr 1929 noch über 32 Millionen RM. aus Reichsmitteln für den Landarbeiter-Wohnungsbau zur Verfügung standen und dieser Betrag sich für 1930 auf rund 25 Millionen verminderte konnte das Reich im Rechnungsjahr 1931 nur noch 8,9 Millionen bereitstellen. Die Folge war eine wesentliche Einschränkung der Bauvorhaben in allen Ländern. Die Zahl der erstellten Landarbeiterwohnungen, die im Jahr 1929 5773 betrug, im Rechnungsjahr 1930 sank auf 3073 und im Rechnungsjahr 1931 auf 3937 zurück, davon 3654 Eigenheime und 283 Werkwohnungen. Insgesamt sind seit dem Jahre 1921 mit Hilfe der Förderung aus Mitteln der wirtschaftlichen Arbeitslosenfürsorge 66 656 Landarbeiterwohnungen erstellt worden, davon 41 019 Eigenheime und 25 637 Werkwohnungen. Seit Festigung der Währungs sind bis zum Ende des Rechnungsjahres 1931 rd. 134 Millionen RM. aus Reichsmitteln zur Auszahlung gelangt.

Notmaßnahmen der Münchener Architektenschaft: Baupläne gegen Lebensmittel. Die Notgemeinschaft freischaffender Architekten in München hat dieser Tage die Münchener Bauverwaltung mitgeteilt, daß die Angelegenheit der Veröffentlichung übergeben, in der ausfindig wird, daß die Angelegenheit Not und der Mangel an baren Zahlungsmitteln die Architektenschaft auf den Gedanken gebracht hat, Naturalien aller Art für ihre Leistungen in Zahlung zu nehmen. Durch Verhandlungen mit Ziegeleien, Sägewerken, Baugeschäften und Handwerkern ist sichergestellt, daß auch diese Stellen in nächstgelegten Maße hinsichtlich der Bezahlung entgegenkommen. Deutlich ist wie dieser Vorschlag nach der Angelegenheit Not der freien Architektenschaft nicht illustriert werden.